

Jürgen Kromphardt (Hg.)

Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie und empirische Analysen

Metropolis-Verlag
Marburg 2013

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in Der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2013

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1041-0

Einleitender Überblick

Jürgen Kromphardt

Schwerpunkt dieses Tagungsbandes bilden Überlegungen, die Keynes'sche Theorie in verschiedenen Richtungen weiterzuentwickeln, sei es durch die Verknüpfung mit anderen Theoriegebäuden, sei es durch die stärkere Einbeziehung der langfristigen Analyse und der Verteilungsproblematik.

Im ersten Beitrag plädiert **Heinrich Bortis** dafür, ein makroökonomisches Paradigma zu entwickeln, das die Theorie von Keynes mit der klassischen Theorie der Produktionspreise kombiniert. Durch diese Fundierung soll Keynes' Theorie von den neoklassischen Elementen gereinigt werden, die dort noch verblieben sind.

In Abschnitt 1 behandelt Bortis die Grundlagen eines klassisch keynesianischen Systems und die Gegenwehr der Neoklassiker. Ein zentraler Baustein der neoklassischen Theorie ist die marginalistische Preisbildung im Schnittpunkt von steigender Grenzkostenkurve und fallender Nachfragekurve. Die klassische Ökonomie und ebenso Sraffa, der die Voraussetzungen und Zusammenhänge der klassischen Ökonomie präzise formuliert hat, gehen dagegen von konstanten Grenzkosten aus. Dies spiegelt die Verhältnisse in der modernen Industriegesellschaft besser wider als die neoklassische Annahme steigender Grenzkosten, die von den Gegebenheiten in der Landwirtschaft geprägt ist, wo der einzelne Landwirt nur über eine gegebene, nicht vermehrbare Fläche verfügt.

Die Preise ergeben sich bei konstanten Grenzkosten, indem auf die Durchschnittskosten bei normaler Kapazitätsauslastung ein Gewinnzuschlag aufgeschlagen wird (mark up-pricing). Multipliziert man die Differenz zwischen Preis und Produktionskosten je Stück bei normaler Kapazitätsauslastung und dem Produktionsvolumen ergibt sich die Pro-

fitsumme und – bezogen auf den Kapitaleinsatz – die Profitrate. Die Höhe des Zuschlags und damit der „normalen Verzinsung des eingesetzten Kapitals“ hängt von den sozialen Machtverhältnissen ab.

Welches Produktionsvolumen tatsächlich erzeugt wird, ergibt sich aus dem Keynes'schen Prinzip der „effektiven Nachfrage“. Bortis berichtet bedauernd, dass zwischen Keynes und Sraffa ein tiefer Graben bestand: Keynes arbeitete vor allem an der Analyse der kurzen Frist, Sraffa interessierte sich nur für die lange Frist und hielt es für falsch, eine Theorie auf psychologische und subjektive Faktoren aufzubauen.

Wegen der unklaren Abgrenzung zwischen Keynes'scher Theorie und der Neoklassik kam es wiederholt zu Versuchen, erstere neoklassisch zu vereinnahmen (neoklassische Synthese). In der kapitaltheoretischen Diskussion der 1960er Jahre konnten die Keynesianer allerdings den Neoklassikern grundsätzliche Mängel ihrer Theorie nachweisen.

In Abschnitt 2 versucht Bortis dann, mithilfe des Supermultiplikators das langfristige Gleichgewicht in der von ihm angestrebten klassisch-keynesianischen Theorie abzuleiten. Der Beitrag schließt mit einigen wirtschaftspolitischen Forderungen.

Im zweiten Beitrag arbeitet **Adolf Wagner** heraus, an welchen Stellen die Keynes'sche Theorie von den Ansätzen und Ergebnissen der „Evolutorischen Makroökonomik“ profitieren könnte. Als Ausgangspunkt schildert Wagner den evolutorischen Kernprozess, der nicht nur Schumpeters neue Produktionsfunktionen auf Grund von Innovationen umfasst, sondern auch die Bildung neuer Nutzenfunktionen der Konsumenten. Erst beide zusammen bestimmen den Strukturwandel der Wirtschaft.

Anschließend diskutiert Wagner überwiegend methodische Probleme bei der Entwicklung einer für die Vorgehensweise und Erkenntnisse der Evolutorik offenen Makroökonomie. Diese betreffen: Stabilitätsanalyse inhomogener Aggregate im Gegensatz zur Figur des „repräsentativen Agenten“, konsistente Behandlung von Strom- und Bestandsgrößen, Unterscheidung von Strom- und Plankompatibilität, empirisch fundierte Auswahl der einbezogenen Variablen, Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und ihrer Rückwirkungen, Betrachtung von Wachstumszyklen anstelle der Isolierung eines rein fiktiven langfristigen Trends. Besonders kritisiert Wagner, dass die Bevölkerungsentwicklung in der herkömmlichen Makroökonomik (auch der keynesianischen) fast gar nicht berücksichtigt wird. Abschließend behandelt Wagner Aspekte

des Diffusionsprozesses von Neuerungen und Probleme divergierender Regionen.

Für eine Vertiefung und Aktualisierung der Keynes'schen Analyse der langfristigen Entwicklung plädiert **Karl Georg Zinn** in seinem Beitrag „Keynes' Wachstumsskepsis auf lange Sicht – Darstellung und Überlegungen zu ihrer aktuellen Relevanz“. Zu oft und zu sehr wurde Keynes' Analyse auf die kurze Frist beschränkt und seine Analyse langfristiger Probleme ausgeblendet.

Im Abschnitt 1 gibt Zinn einen Überblick über Keynes' Langfristanalyse, und hebt drei Aspekte hervor: 1. Man könne sich nicht auf den Artikel über „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ von 1930 beschränken. 2. Auch langfristig sind Keynes' Sorgen vor einem Nachfragemangel relevant, nicht nur wegen einer sinkenden Konsumquote, sondern auch weil die Investitionsdynamik umso schwächer werden dürfte, je mehr Investitionen bereits getätigt sind; denn desto schmaler werde die Palette der noch als rentabel eingeschätzten Investitionsprojekte. 3. Selbst bei Nettoinvestitionen von Null kann technischer Fortschritt über die Ersatzinvestitionen in die Produktionsprozesse eingebracht werden. In einer solchen Volkswirtschaft muss die gesamtwirtschaftliche Nettoersparnis gleich Null sein. Solange die privaten Haushalte insgesamt sparen, müssen andere Sektoren (Unternehmen, Staat oder Ausland) bereit sein, mehr auszugeben, als sie einnehmen (also sich verschulden). Andernfalls beginnt die Wirtschaft zu schrumpfen.

Im 2. Abschnitt stellt Zinn die vier wichtigsten Quellen im Einzelnen dar, nämlich den schon genannten Aufsatz von 1930, die „General Theory“ und darin insbesondere das abschließende Kapitel 24, Keynes' Essay von 1937 über die wirtschaftlichen Folgen einer abnehmenden Bevölkerung sowie sein internes Memorandum von 1943 über das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung.

In dem 1930er Aufsatz spricht Keynes von der Möglichkeit, dass 100 Jahre später für die Versorgung mit materiellen Gütern eine durchschnittliche Arbeitszeit von 15 Wochenstunden ausreichen könnte; der durchschnittliche Lebensstandard könnte dann auf das Vier- bis Achtfache angestiegen sein, und die Menschen könnten sich in ihrer Freizeit sinnvollerer Tätigkeiten zuwenden (statt so viel Güter zu produzieren, dass die bekannten Nachfrageprobleme auftreten).

In den drei weiteren Texten rückt das bei ausbleibender Arbeitszeitverkürzung zu erwartende Problem des Nachfragemangels wieder in

den Vordergrund, verschärft durch ungleiche Einkommensverteilung (General Theory) und durch eine abnehmende Bevölkerung (1937). In dem leider erst 1980 zugänglich gewordenen internen Memorandum von 1943 fließen schließlich die verschiedenen Überlegungen in einer konkreten mittelfristigen Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens in den nächsten 15-20 Jahren zusammen, die sich empirisch sehr bewährt hat. Keynes sieht drei Phasen voraus, die sich durch eine grundlegende Veränderung in dem Verhältnis von Investitionsgüternachfrage und gesamtwirtschaftlicher Ersparnis unterscheiden. Zunächst übersteigt die Investitionsnachfrage die Ersparnisse und muss gedämpft werden, dann liegen beide so dicht beieinander, dass eine Ermutigung oder Beförderung weniger dringlicher, aber nützlicher Investitionen das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht bewahrt. Erst in der 3. Phase wird es notwendig werden, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen und einen Teil des potentiellen Überangebots durch kürzere Arbeitszeit zu vermeiden, wobei die vermehrte Freizeit zugleich einen „wunderbar angenehmen Weg“ darstelle, Geld auszugeben.

Stephan Schulmeisters Beitrag über „Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei „Spielanordnungen“ und zwei Phasen des „langen Zyklus?“ entspricht der Forderung von Zinn, sich – im Rahmen der keynesianischen Analyse – stärker mit der langfristigen Entwicklung zu beschäftigen. Schulmeisters Analyse ist durch zwei Thesen gekennzeichnet: Erstens müsse man zwei fundamental unterschiedliche Regime (er spricht von Spielanordnungen) der kapitalistischen Marktwirtschaft unterscheiden: In dem einen Regime, dem Realkapitalismus, konzentrieren sich die profitorientierten Aktivitäten auf die Realwirtschaft. Das Gewinnstreben der Unternehmen kann sich aufgrund der Rahmenbedingungen nur dort entfalten, mit der Folge hoher Sachinvestitionen und hoher Beschäftigung.

Im Finanzkapitalismus dagegen werden Finanzspekulationen auf allen Vermögensmärkten (Aktien, andere Finanzprodukte, Devisen, Immobilien, Rohstoffe) immer lukrativer, während die realwirtschaftlichen Aktivitäten nur niedrige und unsichere Erträge versprechen. Diese Diskrepanz wird verschärft, wenn die von Kreditnehmern zu zahlenden Zinssätze über der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegen. Dadurch werden die Investitionen in produktive Sachanlagen weiter gedämpft und die Beschäftigung geht zurück.

Schulmeisters zweite These lautet: Der Realkapitalismus geht an seinen Erfolgen zugrunde. Dauerhaft hohe Beschäftigung verlagert tendenziell ökonomische Macht von den Unternehmen zu den Arbeitnehmern, was erstere durch Propagierung marktliberaler Ideologien und Rezepte zu korrigieren trachten – mit Erfolg, wenn sich Fehlentwicklungen wie z.B. zunehmende Inflation einstellen.

Der Finanzkapitalismus dagegen werde an seinen Misserfolgen scheitern, die sich in Finanzkrisen und der darauf folgenden Wirtschaftskrise manifestieren. Beide Regime zusammen bilden die zwei Phasen eines langen Zyklus.

Schulmeister untermauert seine Thesen mit zahlreichen Abbildungen für die Jahre 1952 bis 2012 (sofern Daten verfügbar). In Abschnitt 2 schildert er die Rahmenbedingungen und die wirtschaftliche Entwicklung in der Phase der Realwirtschaft bis in die 1970er Jahre. Er zeigt, dass bis dahin in Westeuropa die Arbeitslosenquote fast stabil auf sehr niedrigem Niveau verharrte. Die Schuldenquote der Staatshaushalte ging deutlich zurück und die Wachstumsrate des BIP lag deutlich unter dem langfristigen Realzins.

Trotz und wegen dieser überaus positiven Entwicklung gelang es in den 1970er Jahren – unterstützt durch zwei Ölpreisschocks und durch die restriktive Geldpolitik wichtiger Zentralbanken (seit Ende der 70er Jahre liegt das kräftig erhöhte Realzinsniveau deutlich unter der im Trend sinkenden Wachstumsrate des BIP) das neoliberale Programm durchzusetzen, das den Unternehmen mehr Spielräume gegenüber dem Staat und der Gewerkschaft einräumte und die Deregulierung der Märkte und insbesondere der Finanzmärkte einforderte. Schulmeister konstatiert: „Die Schaffung unzähliger Finanzderivate erleichtert die Spekulation, Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Zinssätze schwanken immer mehr.“

In Abschnitt 3 zeigt Schulmeister detailliert, dass diese Märkte eine Abfolge von Hausse und Baisse produzieren – es dominiert die destabilisierende Spekulation.

In Abschnitt 4 legt Schulmeister dar, wie es dem neoliberalen Reformprogramm gelingt, die von ihm verursachten zunehmenden Probleme in der Realwirtschaft dem Sozialstaat anzulasten und ihn immer weiter zurückzudrängen, jedenfalls bis zur großen Finanzkrise 2008ff. Schulmeister arbeitet die Interessengegensätze und -gemeinsamkeiten des Realkapitals, Finanzkapitals und der Arbeitnehmer heraus (Abschnitte 5 und

6). Er präzisiert systematisch (Abschnitte 7 und 8) sowie historisch (Abschnitt 9) die Merkmale der beiden „Regime“ und plädiert im abschließenden Abschnitt für einen „New Deal“ als Übergangslösung, um die Rahmenbedingungen schrittweise in eine Richtung zu verändern, die den Interessen des Realkapitals und der Arbeitnehmerschaft wieder eher gerecht wird.

Langfristigen Zusammenhängen geht auch der Beitrag von **Jochen Hartwig** nach. Er greift ein Thema auf, das in der wirtschaftspolitischen Debatte in den letzten Jahren ein immer größeres Gewicht erlangt hat, nämlich Auswirkungen der Lohnzurückhaltung auf das längerfristige Wirtschaftswachstum. Keynes hat in der „General Theory“ die gegenläufigen Effekte einer solchen Lohnentwicklung auf Produktion und Beschäftigung herausgearbeitet; zu ihnen gehören auch die Wirkungen der damit verbundenen Umverteilung der Einkommen.

Der Verteilungseffekt war lange in den Darstellungen der Keynes'schen Theorie in den Hintergrund getreten, gefördert dadurch, dass Keynes bei seiner ausführlichen Analyse der objektiven und subjektiven Bestimmungsfaktoren des Konsums von einer gegebenen Einkommensverteilung ausgeht. Zudem hat Keynes keine Verteilungstheorie entwickelt. Anders ist dies bei Kalecki. Inzwischen ist in keynesianischen Beiträgen die Einkommensverteilung wiederentdeckt worden (siehe z.B. die Tagungsbände 5 und 6 der Schriften der Keynes-Gesellschaft).

Als besonders fruchtbar haben sich die Modellansätze von Bhaduri und Marglin erwiesen, weil sie das Tor zu empirischen Überprüfungen der theoretischen Analyse geöffnet haben. Zahlreiche Studien haben inzwischen empirisch für verschiedene Volkswirtschaften in unterschiedlichen Zeiträumen zu ermitteln versucht, ob eine Veränderung der Einkommensverteilung zu Lasten der Lohneinkommen die Nachfrageentwicklung gedämpft oder befördert hat. Im ersten Fall spricht man von einem lohngeleiteten in letztere von einem profitgeleiteten Nachfrage- regime. Es zeigt sich, dass mittlere und große Volkswirtschaften eher ein lohngetriebenes Nachfrageregime aufweisen, während die Nachfrage in kleinen und offenen Volkswirtschaften wie Österreich und die Niederlande eher profitgetrieben sind. Dies lässt sich wie folgt erklären: Je kleiner und offener eine Volkswirtschaft ist, desto größer ist die positive Wirkung einer Lohnzurückhaltung auf die Exporte, sodass der negative Effekt auf den Konsum der Arbeitnehmer überkompensiert wird. Dies gilt umso mehr, wenn die Unternehmen, bei denen die Profitrate steigt,

mit höheren Investitionen reagieren. Dieser Effekt lässt sich allerdings häufig empirisch nicht belegen.

Hartwig ergänzt diese Studien und untersucht, welches Nachfrage- regime sich für die Schweiz in den sechs Jahrzehnten seit 1948 nachweisen lässt. In dieser langen Zeitspanne wechselten sich Phasen der Lohn- moderation (1950er und 1990er Jahre) mit Phasen einer eher expansiven Lohnentwicklung in den Jahrzehnten dazwischen ab. Der Autor erweitert die Fragestellung, indem er zusätzlich untersucht (was bisher selten ge- schehen), wie sich die Lohnentwicklung auf das Wachstum der Produkti- vität auswirkt. Zu vermuten ist, dass ein rascheres Wachstum der Pro- duktion die Produktivität erhöht (Verdoorn's Law). Zusätzlich löst eine expansive Lohnentwicklung Rationalisierungseffekte aus; für Lohnzu- rückhaltung gilt das Gegenteil.

Die Empirie bestätigt die Vermutungen. Die Nachfragedynamik in der Schweiz ist profitgetrieben; die Produktivitätsentwicklung wird durch höhere Profitanteile gebremst: In der Phase der Lohnmoderation ab 1990 hat die Lohnzurückhaltung das BIP-Wachstum in der Schweiz um fast 1% erhöht. Gleichzeitig hat sie einen geringen Beitrag zur Verlang- samung des Produktivitätswachstums geleistet, sodass die Beschäftigung etwas weniger erhöht wurde als das Wachstum der Produktion.

Im letzten Beitrag zu Teil I ändert sich die Blickrichtung. Hier setzt sich **Joachim Güntzel** kritisch mit Akerlof / Shiller auseinander, die Keynes' Argument aufgreifen, „Animal Spirits“ trügen zum Zustande- kommen von Investitionsentscheidungen der Unternehmen angesichts der Unsicherheit der Zukunft häufig erheblich bei, da sie einen „plötz- lichen Anstoß zur Tätigkeit statt zur Untätigkeit“ lieferten.

Während Keynes diesen schwer übersetzbaren Begriff (der Autor stellt dazu einige Überlegungen an) nur im Zusammenhang mit den Investitionsentscheidungen der Unternehmen erwähnt, weiten Akerlof / Shiller den Anwendungsbereich der „Animal Spirits“ sehr weit aus, wie Güntzel kritisch analysiert, und benutzen sie zur Erklärung von Verhal- tensweisen, die vom Leitbild des eng definierten, rein individualistischen Maximierungsverhaltens abweichen. Dazu zählen sie u.a. Vertrauen bzw. Misstrauen, das über das vernünftig erscheinende hinausweist, Fairness statt Arglist und auch Geldillusion.

Güntzel kritisiert, dass dieser Erweiterung eine gewisse Beliebigkeit und Willkür anhaftet. So ist z.B. faires Verhalten vernünftig, wenn lang- fristige konstruktive Beziehungen zwischen den Marktpartnern aufgebaut

und stabilisiert werden sollen, z.B. auf dem Arbeitsmarkt, wo dessen Vorteile von der Effizienzlohntheorie herausgearbeitet werden.

In zwei weiteren Abschnitten analysiert Güntzel den Begriff der „Animal Spirits“ im Kontext des Wahrscheinlichkeitskonzeptes von Keynes, und behandelt seine Beziehung zur Unsicherheit und zu den damit verbundenen Entscheidungsproblemen. Der Autor entwickelt daraus ein vertieftes Verständnis der „Animal Spirits“ unter Bezugnahme auf den philosophischen Begriff der Intentionalität.

Im abschließenden Abschnitt „Zusammenfassung und abschließende Diskussion“ verdeutlicht Güntzel den „roten Faden“, der sich durch seinen Beitrag zieht

Teil II des Tagungsbandes enthält zwei für die aktuelle Diskussion und wirtschaftliche Entwicklung relevante empirische Analysen.

Die erste ausgewählte empirische Analyse von **Georg Erber** befasst sich mit den „Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und der EU, der Eurozone und Deutschland“; sie beschreibt ihre Entwicklung und diskutiert die weiteren Aussichten.

Das Thema ist einerseits für Deutschland wichtig, weil dieses Land als Exportnation darauf angewiesen ist, seine Waren auch in die großen Wachstumsmärkte der Welt zu verkaufen, zu denen China gehört. Andererseits weist Europa (außer Deutschland) hohe Defizite in den Handelsbilanzen mit China auf, und es ist zu prüfen, ob dieses Ungleichgewicht auf Dauer tragbar ist und welche Probleme von ihm ausgehen können.

Nach einer Einleitung behandelt Erber in Abschnitt 2 die bisherige Entwicklung und die Aussichten des Außenhandels zwischen China und Europa; er zeigt die rasante Entwicklung der Warenströme zwischen China und der EU auf, weist aber zugleich darauf hin, dass der Anteil Chinas an der gesamten Warenausfuhr der EU (also der Exporte der EU-Länder in Nicht-EU-Staaten) mit 8,5% immer noch relativ niedrig ist. Die Importe aus China machen dagegen schon über 16% aus. Nachdem Erber die aus dem EU-Rahmen fallende Situation Deutschlands dargestellt hat, diskutiert er bestimmende Faktoren und mögliche Problemfelder der künftigen Entwicklung.

In Abschnitt 3 zeigt Erber die noch geringe Bedeutung des Dienstleistungshandels auf und benennt Bereiche, in denen Expansionspotentiale bestehen könnten, z.B. im Bereich Tourismus. Abschnitt 4 analysiert die Faktoren, die die Direktinvestitionen der EU und China bestim-

men, und er problematisiert vertieft die strategischen Ziele, die China seit einigen Jahren mit seiner Politik der Direktinvestitionen verfolgt.

In seinem abschließenden Bemerkungen (Abschnitt 5) ist Erber skeptisch, wie und ob sich die ausgeprägten Ungleichgewichte und Interessenkonflikte beheben lassen.

Im zweiten Beitrag berichtet **Anja Kettner** zum Thema „Arbeitskräftebedarf und Fachkräfteengpässe in Europa“ über „Neu erschlossene Datenquellen und empirische Befunde“ zu diesen in Zukunft vermutlich drängend werdenden Problem. Ausgangspunkt ist eine Initiative der Europäischen Kommission, mehr Licht in dieses statistisch wenig erfasste Gebiet zu bringen, um auf Forderungen nach aktiven Handeln empirisch fundiert reagieren zu können. Informationslücken bestehen vor allem auf der Seite der Nachfrage, also bei den offenen Stellen. Bekannt ist nur die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen; diese aber umfassen nur einen Teil der Stellen, die die Unternehmer tatsächlich besetzen möchten (Abschnitte 1 und 2). Wie in Abschnitt 3 berichtet, gibt es seit 2010 eine europäische Verordnung, wonach alle Mitgliedsstaaten quartalsweise das gesamte Stellenangebot für 19 Wirtschaftszweige getrennt nach Kleinbetrieben (1-9 Beschäftigte) und Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten melden müssen. Das aber löst das Problem noch nicht, wie man die nicht gemeldeten offenen Stellen erfassen kann. Hier helfen die im Rahmen des „Labour Force Survey“ (dem in Deutschland der Mikrozensus entspricht) durch Haushaltsfragen ermittelten Daten zu neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen.

In Abschnitt 4 wird der qualitative Aspekt behandelt, ob und wann von Engpässen beim Arbeitsangebot und insbesondere bei den Fachkräften gesprochen werden kann. Dazu behandelt die Autorin kritisch verschiedene Indikatoren, die im „European Vacancy and Recruitment Report 2012“ neu erschlossen bzw. neu aufbereitet worden sind. Sie ermöglichen es, die Berufe zu benennen, in denen die Unternehmen am ehesten Schwierigkeiten haben werden, ihren Bedarf an (insbesondere qualifizierten) Arbeitskräften zu decken.

Die zwei wichtigsten Indikatoren weisen jedoch erhebliche Unterschiede auf: Bezieht man die neu entstandenen Beschäftigungsverhältnisse auf die Zahl der Arbeitslosen, so liegen Lehr-, Erziehungs- und Pflegeberufe an der Spitze. Erst an 8. Stelle folgen die Computer-Spezialisten. Werden jedoch die Zugänge an gemeldeten offenen Stellen zur Zahl der registrierten Arbeitslosen in Beziehung gesetzt, so nimmt „qua-

lifiziertes Verkaufspersonal“ den ersten Platz ein, erst die Plätze 2, 4 und 5 belegen Lehr-, Erziehungs- und Pflegeberufe. Computerspezialisten kommen erst auf Platz 19. Diese Unterschiede beruhen z.T. wohl auch darauf, in welchem Umfang die Arbeitsämter in die Stellenbesetzung mit einbezogen werden. Zu Recht schließt die Autorin mit dem Hinweis, die Arbeit an diesem Themenfeld werde und müsse von der EU-Kommission fortgeführt werden.